

Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten.

Nr. 5.

(Nr. 2930.) Ministerialerklärung wegen Erneuerung der Uebereinkunft vom 21. März 1842. zwischen der Königlich Preußischen und der Kaiserlich Königlich Österreichischen Regierung zur Verhütung von Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfreveln an den gegenseitigen Landesgrenzen, d. d. den 15. Januar und bekannt gemacht den 4. Februar 1848.

Nachdem die unterm 21. März 1842. zwischen der Königlich Preußischen und der Kaiserlich Königlich Österreichischen Staatsregierung auf drei Jahre abgeschlossene Uebereinkunft zur Verhütung von Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfreveln an den gegenseitigen Landesgrenzen, abgelaufen ist, die Fortdauer einer solchen Vereinbarung aber von beiden Staatsregierungen als zweckmäßig anerkannt wird, so sind dieselben dahin übereingekommen, daß die gedachte Uebereinkunft ihrem ganzen Inhalte nach von Neuem Kraft und Gültigkeit haben und bis zum Ablaufe von sechs Monaten nach der von Seiten der einen oder der anderen der beiden Staatsregierungen etwa erfolgenden Kündigung in Wirksamkeit bleiben soll.

Gegenwärtige Erklärung soll gegen eine übereinstimmende, im Namen der Kaiserlich Königlich Österreichischen Staatsregierung ausgefertigte ausgewechselt, und demnächst öffentlich bekannt gemacht werden.

Zu Urkund dessen ist gegenwärtige Ministerial-Erklärung ausgefertigt und mit dem Königlichen Insiegel versehen worden.

So geschehen Berlin, den 15. Januar 1848.

(L. S.)

Königlich Preußisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.
Frhr. v. Caniz.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem sie gegen eine übereinstimmende Erklärung der Kaiserlich Königlich Österreichischen Geheimen Haus-, Hof- und Staatskanzlei vom 24. Januar d. J. am 25sten ejusd. ausgewechselt worden, hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 4. Februar 1848.

Der Staats- und Kabinetsminister für die auswärtigen Angelegenheiten.
Frhr. v. Caniz.

(Nr. 2931.) Genehmigungsurkunde, die Abänderung des unterm 23. Juli 1847. ertheilten Privilegiums wegen Emission auf den Inhaber lautender Prioritätsobligationen über eine Anleihe der Thüringischen Eisenbahngesellschaft von 4,000,000 Thalern betreffend. Vom 1. Februar 1848.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. c.

Nachdem die Thüringische Eisenbahngesellschaft sich veranlaßt gesehen hat, die Abänderung des von Uns unterm 23. Juli 1847. genehmigten Plans für die Emission von 20,000 Stück Prioritätsobligationen über zusammen Vier Millionen Thaler (Gesetzsammlung für 1847. Seite 288. und folgende) nachzusuchen, so wollen Wir hierdurch Unsere landesherrliche Zustimmung dazu ertheilen, daß die Prioritätsobligationen über die durch Unser Privilegium vom 23. Juli 1847. genehmigte Anleihe der Thüringischen Gesellschaft zum Betrage von Vier Millionen Thalern nach dem beiliegenden, unter dem 20. Januar 1848. gerichtlich vollzogenen anderweiten Plane ausgegeben werden, jedoch mit der Maßgabe zu §. 3. des Plans, daß außer dem darin erwähnten jährlichen Betrage von mindestens einem halben Prozent des Anleihekapitals auch die ersparten Zinsen der ausgelösten Obligationen zur Amortisation verwendet werden sollen.

Die gegenwärtige Genehmigungsurkunde ist mit dem erwähnten Plane durch die Gesetzsammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Gegeben Berlin, den 1. Februar 1848.

(L. S.) **Friedrich Wilhelm.**
v. Duesberg.

P l a n

für die Emission von 20,000 Stück Prioritätsobligationen der Thüringischen Eisenbahngesellschaft über zusammen 4,000,000 Thaler.

Nachdem durch statutmäßigen Beschluß der Generalversammlung der Thüringischen Eisenbahngesellschaft vom 31. Mai 1847. die Erhöhung des ursprünglichen Anlagekapitals für die Thüringische Eisenbahn von Neun Millionen Thalern auf Dreizehn Millionen Thaler Preuß. Kurant zur Vollendung des Baues dieser Bahn und zur Herstellung des zweiten Gleises bewilligt worden, ist wegen Aufbringung und Sicherstellung der hiernach noch zu beschaffenden 4,000,000 Thaler nachfolgender

P l a n
zur Emittirung von 20,000 Stück Prioritätsobligationen der Thüringischen Eisenbahngesellschaft über zusammen
4,000,000 Thaler Preuß. Kurant
festgestellt.

§. 1.

§. 1.

Schemata A., B., C.
Die zu emittirenden Obligationen werden in vier Serien A. B. C. und D. und in jeder Serie unter fortlaufenden Nummern nach dem sub A. bei geschlossenen Schema, auf farbigem Papier, mit schwarzem Druck stempelfrei ausgefertigt.

Die erste Serie (A.) umfaßt	500 St.	zu 1000 Rt. sub No. 1—500.	500,000
Die zweite Serie (B.)	= 2,000	= = 500 = = = 1—2,000.	1,000,000
Die dritte Serie (C.)	= 7,500	= = 200 = = = 1—7,500.	1,500,000
Die vierte Serie (D.)	= 10,000	= = 100 = = = 1—10,000.	1,000,000
			Summa 4,000,000
			Rthlr. Pr. Kurant.

Mit diesen Prioritätsobligationen werden Zinskupons auf Papier von gleicher Farbe der Obligationen, schwarz gedruckt, auf sechs Jahre ausgegeben und nach Ablauf dieser Zeit, gegen Einreichung des mit auszugebenden Talons erneuert. Von diesen 4,000,000 Thalern ist den hohen Staatsregierungen von Sachsen-Weimar-Eisenach und Sachsen-Koburg und Gotha Eine Million unterpfändlich, gegen Gewährung des gleichen Betrages in ihrem Papiergele, eingesezt.

§. 2.

Sämtliche im §. 1. gedachte Prioritätsobligationen aller vier Serien haben unter sich gleiche Rechte, und werden mit vier und ein halb Prozent, vom 1. Januar 1848. ab, jährlich verzinst. Die Zinsen werden in halbjährigen Raten postnumerando nicht nur hier in der Hauptkasse der Gesellschaft und in den an der Bahn gelegenen Städten, sondern auch nach näherer Bekanntmachung durch die §. 11. des Statuts bezeichneten öffentlichen Blätter in Berlin, Leipzig und Frankfurt a. M. gezahlt.

Zinsen von Prioritätsobligationen, deren Erhebung innerhalb vier Jahren, von dem in dem betreffenden Kupon bestimmten Zahlungstage ab, nicht geschehen ist, verfallen zum Vortheil der Gesellschaft.

§. 3.

Die Prioritätsobligationen unterliegen der Amortisation, zu welcher jährlich von 1849. ab, mindestens ein halbes Prozent des ausgegebenen Prioritäts-Obligationen-Betrages durch Verloosung verwandt wird.

Die Auszahlung des Kapitalbetrages der zu amortissrenden Obligationen erfolgt am 1. Juli jeden Jahres, zum ersten Male am 1. Juli 1849.

Der Thüringischen Eisenbahn-Gesellschaft bleibt jedoch das Recht vorbehalten, unter Genehmigung der beteiligten drei hohen Staats-Regierungen, den Amortisations-Fonds zu verstärken, und dadurch die Tilgung der Prioritäts-Obligationen zu beschleunigen, auch dieselben durch die vorgedachten öffentlichen Blätter mit halbjähriger Frist zu kündigen, und durch Zahlung des Nennwerthes nebst den bis dahin aufgelaufenen Zinsen einzulösen; die Kündigung darf aber nicht vor dem 1. Januar 1854. geschehen.

Ueber die erfolgte Amortisation wird den betreffenden Ministerien

der drei hohen betheiligten Staats-Regierungen alljährlich ein Nachweis eingereicht.

§. 4.

Die Inhaber der Prioritäts-Obligationen sind auf Höhe der darin verschriebenen Kapitalsbeträge, und der dafür nach §. 2 zu zahlenden Zinsen, Gläubiger der Thüringischen Eisenbahngesellschaft; sie sind daher befugt, wegen ihrer Kapitalien und Zinsen sich an das gesamme Vermögen der Gesellschaft und an dessen Erträge mit unbedingter Priorität vor den Inhabern der Stamm-Aktien und der zu denselben gehörigen Dividendenscheine zu halten.

§. 5.

Die Inhaber der Prioritäts-Obligationen sind nicht befugt, die Zahlung der darin verschriebenen Kapitalsbeträge nebst Zinsen anders, als nach Maßgabe des im §. 3. gedachten Almortalisationsplans zu fordern, ausgenommen, wenn

- a) ein Zinszahlungstermin länger als drei Monate unberichtigt bleibt,
- b) der Transport auf der Eisenbahn länger als sechs Monate ganz aufhört,
- c) gegen die Eisenbahngesellschaft Schulden halber Execution durch Abpfändung oder Subhastation vollstreckt wird,
- d) Umstände eintreten, die jeden andern Gläubiger, nach allgemein gesetzlichen Grundsätzen, berechtigen würden, einen Arrestschlag gegen die Gesellschaft zu begründen, und
- e) die im §. 3. festgesetzte Almortalisation nicht eingehalten wird.

In den Fällen a. bis incl. d. bedarf es einer Kündigungsfrist nicht, sondern das Kapital kann von dem Tage ab, an welchem einer dieser Fälle eintritt, zurückfordert werden, und zwar:

- bei a. bis zur Zahlung des betreffenden Zinskupons,
- bei b. bis zur Wiederherstellung des unterbrochenen Transportbetriebes,
- bei c. bis zum Ablauf eines Jahres, nach Aufhebung der Execution,
- bei d. bis zum Ablauf eines Jahres, nachdem jene Umstände aufgehört haben.

In dem sub e. vorgedachten Falle ist jedoch eine dreimonatliche Kündigungsfrist zu beobachten, auch kann der Inhaber einer Prioritätsobligation von diesem Kündigungsrecht nur innerhalb dreier Monate von dem Tage ab Gebrauch machen, wo die Zahlung des Almortalisationsquantums hätte erfolgen sollen.

Bei Geltendmachung des vorstehend sub a. bis e. festgestellten Rückforderungsrechts sind die Inhaber der Prioritätsobligationen befugt, sich an das gesamme, bewegliche und unbewegliche Vermögen der Gesellschaft zu halten.

§. 6.

So lange nicht die sämtlichen freirten Prioritätsobligationen eingelöst sind oder der zur Einlösung erforderliche Geldbetrag gerichtlich deponirt ist, darf

darf die Gesellschaft keines ihrer Grundstücke, in soweit dasselbe zum Bahnhörper der Hauptbahn, zu den daran gelegenen Bahnhöfen und zum vollständigen Transportbetriebe auf der Eisenbahn erforderlich ist, veräußern. Der Verkauf oder die dauernde Ueberlassung einzelner Theile der Bahnhöfe an den Staat, zum Postbetriebe, an Gemeinden, Korporationen oder Individuen, zum Zweck von Staatseinrichtungen oder zur Anlage von Packhäusern und Waarenlieferungen oder sonstigen zum Nutzen des Bahnbetriebes und, ohne diesen zu gefährden, den Vortheil der Gesellschaft erzielenden Einrichtungen gehört nicht zu diesen untersagten Veräußerungen; auch bleibt der Gesellschaft freie Disposition über dieseljenigen ihr gehörigen Grundstücke vorbehalten, welche nach einem Urteil des betreffenden Regierungskommissars zum Transportbetriebe auf der Hauptbahn nicht nothwendig erforderlich sind.

§. 7.

Die Thüringische Eisenbahngesellschaft ist nicht berechtigt, ein Anleihegeschäft zu machen, welches die, den nach diesem Plane zu emittirenden 4 Millionen Thaler Prioritätsobligationen eingeräumten Rechte irgend beinträchtigte oder schmälerte.

§. 8.

Die Ausloosung der nach §. 3. jährlich zu amortisirenden Prioritäts-Obligationen geschieht durch die Direktion der Gesellschaft in Erfurt im April, und zwar in einem, vierzehn Tage vorher durch die mehrgedachten öffentlichen Blätter bekannt zu machenden Termine, dem beizuwöhnen den Inhabern dieser Obligationen die Befugniß zusteht. Ueber die Verhandlung ist vom Syndikus der Gesellschaft ein Protokoll aufzunehmen.

§. 9.

Die Nummern der ausgelosten Prioritätsobligationen werden binnen vierzehn Tagen, nach Abhaltung des §. 8. gedachten Termins, öffentlich bekannt gemacht, und es erfolgt die Auszahlung derselben von dem im §. 3. bezeichneten Tage an nach dem Nominalwerth an die Vorzeiger derselben gegen Auslieferung der Obligationen durch die Hauptkasse zu Erfurt (und in Berlin, Leipzig und Frankfurt a. M.)

Mit dem im §. 3. angegebenen Zahlungstage hört die Verzinsung der ausgelosten Prioritätsobligationen auf. Die Kupons über die noch nicht fällig gewesenen Zinsen und der Talon sind mit der ausgelosten Prioritäts-Obligation gleichzeitig zu übergeben; geschieht dies nicht, so wird der Betrag dieser fehlenden, noch nicht fälligen Zinskupons von dem Kapital gekürzt, um vorkommenden Fälls zu deren Einlösung zu dienen.

Die im Wege der Amortisation eingelösten Prioritätsobligationen nebst den noch nicht fälligen Kupons werden in Gegenwart der Direktion und des Syndikus der Gesellschaft, der darüber ein Protokoll aufzunehmen hat, verbrannt, und daß dies geschehen, wird unter Angabe der Nummern durch die öffentlichen Blätter bekannt gemacht.

Die in Folge der Rückforderung von Seiten der Inhaber (§. 5.) oder
(Nr. 2931.) der

der Kündigung (§. 3.) außerhalb der planmäßigen Amortisation eingelösten Prioritätsobligationen hingegen, ist die Gesellschaft befugt wieder auszugeben.

§. 10.

Diejenigen Prioritätsobligationen, welche ausgelooset und gekündigt sind und, der Bekanntmachung durch die öffentlichen Blätter ungeachtet, nicht rechtzeitig zur Realisation eingehen, werden während der nächsten zehn Jahre von der Direktion der Thüringischen Eisenbahngesellschaft alljährlich einmal öffentlich aufgerufen; gehen sie dessenungeachtet aber nicht spätestens binnen Jahresfrist nach dem letzten öffentlichen Aufruf zur Realisation ein, so erlischt ein jeder Anspruch aus denselben an das Gesellschaftsvermögen, was dann unter Angabe der Nummern der, nach diesem Verfahren werthlos gewordenen Prioritätsobligationen, von der Direktion öffentlich bekannt zu machen ist.

Die Gesellschaft hat aus dergleichen Prioritätsobligationen keinerlei Verpflichtung mehr, doch steht es der Generalversammlung frei, die gänzliche oder theilweise Realisirung aus Billigkeitsrücksichten zu beschließen.

§. 11.

Die in diesem Plane §§. 2. 3. 8. 9. und 10. vorgeschriebenen öffentlichen Bekanntmachungen erfolgen in den Blättern, welche das Gesellschaftsstatut §. 11. für solche Fälle bestimmt, nämlich in der Allgemeinen Preußischen Zeitung, dem Beiblatt zu Weimarischen Zeitung, der Gothaischen privilegierten Zeitung und der Leipziger Zeitung. Wenn eins dieser Blätter eingeht, hat die Direktion in den drei anderen das an dessen Stelle tretende ein für allemal bekannt zu machen. Die Bekanntmachung in noch andern Blättern zu erlassen, behält sich die Direktion nach Umständen vor.

A.

Prioritäts-Obligation

der

Thüringischen
Eisenbahn-Gesellschaft.

Serie

Nr.

Angefertigt

am

Eingetragen

Fol.

Beigegeben

zwölf Kupons.

(Nr. 2931.)

Prioritäts-Obligation

der

Thüringischen Eisenbahn - Gesellschaft.

Serie

Jeder Obligation sind zwölf
Kupons auf die Jahre 1848
bis 1853 und ein Talon bei-
gegeben.

No.

Die Erneuerung der Kupons
nach Ablauf von sechs Jahren
erfolgt nur gegen Rückgabe
des beigefügten Talaons.

über

1000 Thaler Preuß. Kurant.

Inhaber dieser Obligation hat auf Höhe des obigen
Betrages von Eintausend Thalern Preuß. Kurant Anteil
an den in Gemäßheit der von den betheiligten drei hohen
Staatsregierungen ertheilten Genehmigung, und nach den
Bestimmungen des umstehenden Planes emittirten Ka-
pitale von Vier Millionen Thalern Prioritäts-Obliga-
tionen der Thüringischen Eisenbahn-Gesellschaft.

Erfurt, den 1. Januar 1848.

Die Direktion
der Thüringischen Eisenbahn-Gesellschaft.

N. N.

(Stempel.)
Der Rendant.

Eingetragen
im Fol.
B. Erster

B.

**Erster Zins = Kupon
der Thüringischen Eisenbahn-Prioritäts-Obligation.**
Ser. № zahlbar am 1. Juli 1848.

Schluß des §. 2. des Plans.
Zinsen von Prioritäts-Obligationen, deren Erhebung innerhalb vier Jahren von dem in den betreffenden Kupons bezeichneten Zahlungstage ab, nicht geschehen ist, verfallen zum Vortheil der Gesellschaft.

Inhaber dieses empfängt am 1. Juli 1848. die halbjährigen Zinsen der obenbenannten Prioritäts-Obligation über

1000 Thaler

mit

Zwei und zwanzig Thaler Fünfzehn Silbergroschen Pr. Kur.

Erfurt, den

Die Direktion der Thüringischen Eisenbahn-Gesellschaft.

(Stempel.)

Eingetragen im Kuponbuch.
Fol.

C.

T a l o n
Serie A. zur Prioritäts-Obligation
№

der Thüringischen Eisenbahn-Gesellschaft
über

Ein Tausend Thaler Pr. Kur.

Der Inhaber dieses Talons empfängt gegen dessen Rückgabe, nach Einlösung der jetzt ausgegebenen zwölf Zinskupons zu der oben bezeichneten Obligation die zweite auszugebende Reihe von zwölf Zinskupons nebst Talon.

Erfurt, den 1. Januar 1848.

Die Direktion der Thüringischen Eisenbahn-Gesellschaft.